

Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass allein eine tatsächliche Neuverhandlung substantielle Verbesserungen schaffen kann.

5. **Missachtung der Menschenrechte**

Das EU-Mercosur-Abkommen nähme eine **Zunahme der Menschenrechtsverletzungen** in den Mercosur-Ländern billigend in Kauf: Es würde u.a. die Vertreibung indigener Gemeinschaften und Kleinbäuer*innen von ihrem Land (sowohl in Brasilien als auch in Paraguay und Argentinien) verstärken.

6. **Gefahr für Arbeitnehmer*innen**

Das EU-Mercosur-Abkommen **trägt nichts dazu bei, die Situation von Arbeitnehmer*innen zu verbessern**, weshalb auch die Gewerkschaftsdachverbände des Mercosur das Abkommen ablehnen. Stattdessen steht das Abkommen für eine weitere Prekarisierung der Arbeitsbedingungen- Brasilien ist auch im Jahr 2022 erneut auf der Liste der zehn schlimmsten Länder für erwerbstätige Menschen aufgeführt worden. Des Weiteren droht der Verlust von Arbeitsplätzen - allein in der verarbeitenden Industrie in Argentinien sollen mindestens 186.000 Arbeitsplätze verloren gehen.

7. **Unnötige Handelsströme statt regionaler Wertschöpfung**

Das EU-Mercosur-Abkommen öffnet die lateinamerikanischen Märkte für billigere Produkte

aus der EU. Damit schwächt es regionale Wertschöpfung und beeinträchtigt die industrielle Produktion in den Mercosur-Staaten. Brasilien ist der wichtigste Absatzmarkt für argentinische Produkte. Durch das EU-Mercosur-Abkommen würde dieser Austausch gestört. Zudem wird das Abkommen den Handel mit Produkten fördern, die bereits im Überfluss vorhanden sind, wie beispielsweise Rind- und Hühnerfleisch in der EU. Diese unnötigen Handelsströme setzen Landwirt*innen beiderseits des Atlantik unnötig unter Preisdruck. Außerdem treiben sie die CO₂-Emissionen weiter in die Höhe – dabei verursachten internationale Handelsströme und die Produktion für den Export bereits jetzt mehr als ein Viertel aller schädlichen Emissionen.

EU-Mercosur ist ein schlechter Deal für Menschen, Umwelt und das Klima auf beiden Seiten des Atlantik!

Stoppen wir EU-Mercosur!

NETZWERK
**Gerechter
Welthandel**



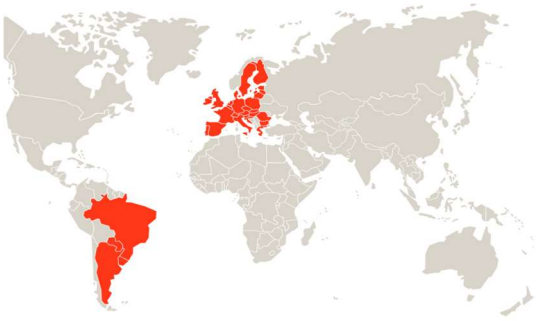
Mitglieder im Netzwerk gerechter Welthandel sind zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Kultur, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutz, Entwicklungs- und Handelspolitik.

Weitere Infos zum EU-Mercosur-Abkommen:
www.gerechter-welthandel.org

V.i.S.d.P. L. Essig, Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin



**Gründe gegen
das EU-Mercosur
Abkommen**



Die EU hat 2023 zum heißen Handelsjahr mit Lateinamerika erklärt und strebt den Abschluss des Handelsabkommens mit den **Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay** und Uruguay noch bis Ende dieses Jahres an. Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft fordern den schnellstmöglichen Abschluss des Abkommens und wollen damit insbesondere neue Absatzmärkte für Konzerne erschließen.

Gleichzeitig birgt das Abkommen zahlreiche Gefahren für Mensch und Umwelt. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Lateinamerika fordern wir eine solidarische Welthandelspolitik statt Handelsabkommen im Interesse von Konzernen und weisen auf die negativen Auswirkungen des EU-Mercosur-Abkommens hin.

Ebenso wie CETA stellt das EU-Mercosur-Abkommen Freihandel und blinde Marktöffnung über Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit und schreibt die Fehlentwicklungen des globalisierten Handels der letzten Jahrzehnte fort. Das EU-Mercosur-Abkommen bedient die Interessen großer Konzerne und reduziert die Möglichkeiten ihrer demokratischen Regulierung im Sinne von Arbeitnehmer*innen, Bäuer*innen sowie Umwelt-, Klima- und Verbraucher*innenschutz.

1. **Verhinderung der Agrarwende**

Das EU-Mercosur-**Abkommen verfestigt ein Landwirtschaftsmodell, das auf Monokulturen und massiven Pestizideinsatz setzt** - mit dramatischen Folgen für Umwelt und Gesundheit der Menschen vor Ort. Bereits jetzt zählen giftige Pestizide zu den Exportschlägern der EU; darunter befinden sich auch Pestizide, die in der EU verboten sind. Durch Zollvergünstigungen werden sich deren Exporte und Nutzung noch ausweiten. Das Abkommen senkt oder beseitigt auch die Zölle vieler Agrargüter und wird unter anderem den Import von Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol aus den Mercosur-Ländern in die EU stark ausweiten- und somit **den ruinösen Preiskampf in der Landwirtschaft noch weiter verschärfen.**

2. **Zerstörung der Wälder**

Bereits jetzt zählen Argentinien, Brasilien und Paraguay weltweit zu den Ländern, in denen der EU-Konsum am meisten Waldfläche vernichtet. Das EU-Mercosur-Abkommen würde die **Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes sowie der Savannen und Trockenwälder noch weiter beschleunigen:** Es fördert den Export von Agrargütern wie Rindfleisch, Soja und Zucker, welche zu den Hauptverursachern der Abholzung zählen. Diese Exportsteigerungen unterlaufen zudem den Bemühungen der EU, entwaldungsfreie Lieferketten für importierte Agrarprodukte sicherzustellen. Das EU-Mercosur-Abkommen widerspricht auch dem Ziel der EU-Kommission, die EU bis 2050 klimaneutral zu gestalten: Denn insbesondere der Erhalt des Amazonasgebietes

als natürliche CO₂-Senke ist unerlässlich dafür, um die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen. Aktuell befindet sich der Amazonas Regenwald jedoch bereits an einem gefährlichen Kipppunkt.

3. **Begünstigung des klimaschädlichen Autohandels**

Das EU-Mercosur-Abkommen senkt die Zölle auf europäische und deutsche Autos; 15 Jahre nach Inkrafttreten sollen die Zölle komplett entfallen. **Damit begünstigt das Abkommen den klimaschädlichen Autohandel:** eine weitere fatale Entwicklung in Zeiten der Klimakrise! Zudem sieht das EU-Mercosur-Abkommen die gegenseitige Anerkennung der unzureichenden deutschen Abgastests vor und leistet damit weiterer Luftverschmutzung durch Abgasmanipulation Vorschub.

4. **Nachhaltigkeit als Feigenblatt**

Das EU-Mercosur-Abkommen **enthält keinerlei durchsetzungsfähige Vorgaben für Umwelt- und Klimaschutz, Menschen- oder Arbeitsrechte.** Wenn ein Vertragsstaat seine Pflichten aus dem Pariser Abkommen verletzt oder anderen Nachhaltigkeitsbestimmungen nicht nachkommt, muss er weder mit der Rücknahme von Handelspräferenzen noch mit sonstigen Sanktionen rechnen. Das Nachhaltigkeitskapitel im EU-Mercosur-Abkommen dient daher – wie bei anderen EU-Handelsabkommen auch – als „Feigenblatt für nicht-zukunftsfähige Handelspolitik“. Daran würde auch eine Zusatzvereinbarung, wie sie von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde, nichts ändern.